



Koalition ohne Mehrheit

Mühsame Regierungsbildung in Tschechien

Kabinetts aus Bürger- und Christdemokraten sowie Grünen vorgestellt

Machtkampf im neuen Abgeordnetenhaus

Längerfristige Auswirkungen der Patt-Situation

Cameron bei Topolánek: Die Rolle der ODS für die EVP

Knapp vier Wochen nach der Wahl hat sich das Unterhaus der Tschechischen Republik diese Woche zur konstituierenden Sitzung getroffen. Der mühsame Prozess der Regierungsbildung ist damit aber noch lange nicht abgeschlossen. Im neuen Abgeordnetenhaus verfügen die Bürgerdemokraten (ODS) mit ihren möglichen Koalitionspartnern KDU-ČSL (Christdemokraten) und SZ (Grüne) nur über 100 von 200 Sitzen. Die restlichen verteilen sich auf die ČSSD (Sozialdemokraten) und die KSČM (Kommunisten). Die daraus resultierende Patt-Situation führte bisher zu vielen Verhandlungsrunden, die sich zwei verschiedenen Schwerpunkten widmeten: Zunächst wurde erfolgreich ein Koalitionsvertrag zwischen ODS, KDU-ČSL und Grünen geschlossen. Der zweite, schwierigere Schritt besteht nun darin, für dieses Kabinetts eine parlamentarische Mehrheit zu finden. Diese ist aber noch nicht in Sicht. In der ersten Sitzung des Unterhauses konnte man sich nicht einmal auf einen Präsidenten der Kammer einigen.

Aus europäischer Sicht bereiten neben der anhaltenden Unsicherheit über die zukünftige Regierung vor allem die bri-

tischen Tories mit ihren EVP-Rückzugsplänen Sorgen.

Bisheriger Verlauf der Regierungsbildung



Direkt nach der Wahl hatte Präsident Václav Klaus den **Wahlsieger und ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek (Foto)** mit der Regierungsbildung beauftragt.

In den vergangenen Wochen ging es dabei im Wesentlichen um **zwei verschiedene Aufgaben**. Einerseits musste mit Christdemokraten und Grünen eine **Koalitionsvereinbarung** ausgearbeitet werden. Für die ODS verhandelte ein Trio, bestehend aus Topolánek, dem Prager Bürgermeister und Vorstandsmitglied Pavel Bém sowie dem stellvertretenden ODS-Vorsitzenden Petr Nečas. Andererseits ist allen Beteiligten klar, dass ein Koalitionsvertrag nicht viel wert ist, wenn man im Abgeordnetenhaus nur die Hälfte der Stimmen hinter sich vereinen kann. Deshalb wurde parallel mit dem scheidenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jiří Paroubek verhandelt, um eine **Tolerierung des Minderheitskabinetts durch die Sozialdemokraten** zu ermöglichen.



Rechtzeitig vor der frühzeitig anberaumten konstituierenden Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Stimmen, die für eine große Koalition und/oder Neuwahlen plädierten, wurden so zunächst nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für Forderungen nach einer technokratischen „Expertenregierung“, die von Paroubek zeitweise lanciert wurden. Begleitet wurden die Koalitionsverhandlungen von einigen Anti-Paroubek-Demonstrationen, bei denen bis zu 3000 Leute auf dem Wenzelsplatz zusammen kamen.



Der amtierende **Ministerpräsident Paroubek (Foto)** erklärte, dass er am kommenden Montag Präsident Klaus das **Rücktrittsgesuch** seiner Regierung vorlegen werde. Inwiefern dies tatsächlich zur Demission führt

oder nur ein taktischer Zug des Sozialdemokraten bleibt, ist noch nicht abzusehen. Die erste Freude über den abgeschlossenen Koalitionsvertrag wurde aber rasch getrübt: Die ČSSD will weitgehende Konzessionen im Gegenzug für eine Tolerierung. Symptomatisch das Machtspiel im Hinblick auf die Wahl des zukünftigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses am Donnerstag. Die ODS wäre nur dann bereit, einen sozialdemokratischen Kandidaten zu akzeptieren, wenn Paroubek im Gegenzug die Tolerierung des ODS-KDU-SZ-Kabinetts garantiert. Da es dazu nicht kam verzichtete die ČSSD auf einen eigenen Kandidaten. Gleichzeitig stellte sie aber sicher, dass keiner ihrer Abgeordneten „wild“ für die ODS-Kandidatin Němcová stimmen würde. Die ČSSD-Fraktion sammelte von allen Fraktionsmitgliedern die Stimmzettel ein, so dass keiner in die Wahlurne gelangte. Die Stimmen der ČSSD-Abgeordneten wurden als Enthaltung gewertet. In der Sitzung am gestrigen Donnerstag bekam Němcová in zwei Wahlgängen keine Mehrheit, so dass kommende Woche erneut über das Präsidium abgestimmt werden wird.

Das neue Kabinett



Am vergangenen Montag **unterzeichneten** Topolánek, der KDU-Vorsitzende Kalousek sowie

Grünen-Chef Bursík **eine Koalitionsvereinbarung (Foto)**.

Die Verhandlungen verliefen insgesamt reibungslos. Lediglich die Spannungen innerhalb der Grünen zwischen Parteiführung und Regionalorganisationen sorgten für einige Aufregung. Neuralgische Punkte wurden im Vertrag ausgeklammert.

Insgesamt käme die ODS auf 10 Posten, die beiden kleinen Partner würden jeweils drei Minister stellen.

Stellvertreter des neuen Ministerpräsidenten Topolánek wären der stellvertretende ODS-Parteivorsitzende Petr Nečas, der zugleich Sozialminister würde und Landwirtschaftsminister Miroslav Kalousek (KDU-ČSL) sowie der Umweltminister Martin Bursík (Grüne).



Der erfolgreiche ODS-Kandidat im Landkreis Ustí nad LaBém, **Petr Gandalovič (Foto)**, trat von seinem Amt als Bürgermeister von Aussig zurück, um als Abgeordneter tätig zu sein. Der 41-jährige wäre

Minister im neu zu schaffenden Europaministerium. Mit Alexandr Vonda, ehemals Botschafter in den USA, würde ein von der ODS nominierter Unabhängiger Außenminister.

Finanzminister würde der oftmals als undurchsichtig beschriebene bisherige Fraktionsvorsitzende Vlastimil Tlustý. Die KDU-ČSL würde mit Vlasta Parkanová eine auf diesem Gebiet eher unerfahrene Verteidigungsministerin stellen.

Nečas, Gandalovič und Vondra unterhalten enge Kontakte zur KAS. Gleiches gilt natürlich für Kalousek, aber auch den designierten Innenminister, Ivan Langer (ODS). Dieser ist zugleich Vorsitzender der Bildungsorganisation der ODS, CEV-RO.

Dieses Kabinett trägt die klare Handschrift Mirek Topoláneks. Der europaskeptische



ehemalige Schattenaußenminister Zahradil MdEP gehört der Regierung nicht an. Dafür sind für die Schlüsselressorts „Europa“ und „Äußere Angelegenheiten“ europafreundliche Kandidaten nominiert; auch die beiden kleinen Koalitionspartner sind als europafreundliche Parteien bekannt.

Im **Programm** selbst wird die Erweiterung der EU sowie die Intensivierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten erwähnt.

Steuern und Abgaben sollen gesenkt werden um Betriebe und Haushalte zu entlasten. Im Bereich der Steuergesetzgebung wurde ein tragfähiger Kompromiss auf Basis einer **eingeschränkten Flat Tax** getroffen. Bei der Einkommenssteuer gilt ein einheitlicher Steuersatz, bei der Mehrwertsteuer konnten sich KDU-ČSL und Grüne mit ihrer Forderung nach einer Staffelung durchsetzen.

Bislang schon wurde der Wirtschaftsaufschwung nicht **zur Reduktion des Staatsdefizits** benutzt. Ob es in Zukunft dazu kommen wird, bleibt ungewiss.

Mitte des Monats wollten laut einer Umfrage ein Drittel der Tschechen Topolánek gerne als Ministerpräsident sehen.



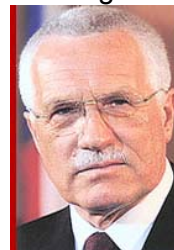
In Anlehnung an die in Deutschland kurzzeitig erwogene Jamaika-Koalition wurde der ODS-KDU-SZ-Option in Tschechien

der Name **Tansania-Koalition** verliehen (s. links). Die Chance, damit auch im Parlament eine beständige Mehrheit zu finden schätzte Topolánek bereits vorher auf „fünfzig zu fünfzig“. Sie dürfte nach der turbulenten ersten Sitzung eher gesunken sein. Die entscheidende Frage ist nun, welchen Preis Paroubek für die Tolerierung einer bürgerlichen Regierung verlangt.

Machtkampf um den Vorsitz im Abgeordnetenhaus

Derzeit entwickelt sich nach der **ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses** auch der erste Machtkampf: Die eröffnende Sitzung wurde nach einer Stunde auf den gestrigen Donnerstag vertagt. Dort sollte

der **Parlamentspräsident** gewählt werden. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, in der der Bundestagspräsident nach parlamentarischem Gebrauch stets von der stärksten Fraktion gestellt wird, ist das Amt hier dem „**Postengeschacher**“ unterworfen. Dies liegt einerseits daran, dass z.B. für einen scheidenden Ministerpräsidenten wie Paroubek ein Amt attraktiver erscheint als ein bloßes Abgeordnetenmandat. Somit könnte der **Posten auch an einen Vertreter der zweitgrößten Fraktion gehen**, wenn im Gegenzug eine Tolerierungszusage für ein Minderheitskabinett Topolánek erreicht würde. Wichtiger ist aber die in Artikel 68 der tschechischen Verfassung verbriefte **Rolle des Präsidenten des Abgeordnetenhauses bei der Regierungsbildung**. Erhält das erste Kabinett Topoláneks keine Mehrheit, so betraut erneut der Staatspräsident eine Person mit der Regierungsbildung. Wird auch dieser das Vertrauen des Abgeordnetenhauses nicht ausgesprochen, so obliegt der dritte Versuch der Regierungsbildung dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Dem Amt des Parlamentspräsidenten kommt daher entscheidende Bedeutung zu.



Klaus machte bereits klar, dass er auch nach einem möglichen Scheitern des ersten Anlaufs zur Regierungsbildung **erneut die stärkste Fraktion damit beauftragen würde**.

Sollten die Sozialdemokraten auch diesem zweiten potentiellen Kabinett die Tolerierung verweigern, käme eben der Präsident des Abgeordnetenhauses zum Zug. Sollte es sich dabei um einen Sozialdemokraten handeln, könnte dieser **eventuell Paroubek mit der Regierungsbildung beauftragen**. Die Frage ist aber, ob dies den Sozialdemokraten wirklich weiterhilft. Denn eine tragfähige Mehrheit wird sich damit auch nicht erzielen lassen. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten würde außerdem von den Wählern nicht honoriert werden. Programmatische Vorlieben kann die ČSSD im Rahmen einer Tolerierungsvereinbarung einbringen. Und die Gefahr für Paroubek wächst, dass die KSČM nicht län-



ger bereit ist, als bloßes Druckmittel gegenüber der ODS zu dienen. Zumal Topolánek bereits erklärt hatte, er würde auch „**wilde**“ **Stimmen bei der Wahl des Parlamentspräsidenten akzeptieren**. Die Abstimmung läuft geheim ab, mit „wilden“



Stimmen sind kommunistische Abgeordnete gemeint, die für die **ODS-Kandidatin Miroslava Němcová (Foto)** stimmen würden.

Spannung wie bei der Fussball-WM im Nachbarland deshalb am gestrigen spielfreien Donnerstag. Der Nachrichtendienst aktualne.cz bot im Internet gar einen Live-Ticker an, bei dem die neuesten Entwicklungen aus dem Abgeordnetenhaus auf dem Bildschirm landeten. **Heftige Debatten** begleiteten zwei Abstimmungsrunden, in denen Němcová jeweils nur 98 Stimmen bekam. **Selbst innerhalb der neuen Koalition wurde also nicht geschlossen für die ODS-Kandidatin gestimmt**. Beobachter werten dies als erste Versuche innerhalb der ODS, die Position des Vorsitzenden zu schwächen. Die Sitzung wurde daraufhin erneut vertagt, der dritte Wahlgang soll kommenden Freitag stattfinden.

Nach Angaben des ODS-Abgeordneten Bratsky erreichten die Konservativen allerdings zumindest einen ersten **Teilerfolg** bei der **Zusammensetzung des für die Vorbereitung der Wahl zuständigen Ausschusses**: es gelang, die Präsenz der Kommunisten in diesem Ausschuss zu verhindern.

Wie geht es weiter?

Es hängt von weiteren Verhandlungen ab, ob mit Němcová nächste Woche die erste Frau zur Präsidentin des Abgeordnetenhauses gewählt wird. Binnen 30 Tagen muss das Kabinett Topolánek in einer Abstimmung dann das Vertrauen der Mehrheit der Abgeordneten erhalten. Unklar ist auch, ob Präsident Klaus die Demission der Regierung Paroubek angesichts dieser Umstände überhaupt akzeptiert. Eventuell könnte er die **bisherige Regierung** auffordern, **einstweilen kommissarisch im**

Amt zu verweilen. Denn die alte Regierung kann erst nach dem Ende der konstituierenden Sitzung offiziell abtreten. Diese konstituierende Sitzung ist aber noch nicht beendet. Sie wurde bislang nur mehrfach vertagt, da sie mit der Wahl des neuen Parlamentspräsidenten abschließt.

Nach Einschätzung vieler Beobachter wird **Paroubek möglicherweise erkennen, dass seine Zeit als Ministerpräsident abgelaufen ist und schlussendlich einer Tolerierung zustimmen**. Als „Belohnung“ dafür könnte er (nachträglich) zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt werden. Bis zu diesem Punkt wird er aber versuchen, möglichst viele **programmatische Zugeständnisse** zu erzielen. Neben seiner Ablehnung eines einheitlichen Steuersatzes und der Liberalisierung des Arbeitsmarktes geht es ihm um die Verhinderung von Schulgebühren und Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Medikamenten.

Außerdem ist es gut möglich, dass erst ein **zweites Kabinett Topolánek** die Zustimmung erhalten wird, **in dem die KDU-ČSL nicht mehr vertreten wäre**. Diese Präferenz äußerte der Parteichef der Sozialdemokraten mehrfach.

Unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl im Abgeordnetenhaus ist mit einer **stabilen Regierung folglich wohl erst nach der Sommerpause** zu rechnen. Die Möglichkeit, dass es zu gar keiner Einigung und damit zu **vorgezogenen Neuwahlen** kommt, ist ebenfalls nicht auszuschließen: Sowohl der ODS-Abgeordnete Bratsky, als auch der stellvertretende Senatspräsident Juraj Liska (ODS) schlossen eine Regierungsbildung vor August diesen Jahres aus. Liska geht ferner von vorgezogenen Neuwahlen bereits im nächsten Jahr aus.

Sollte Topolánek keine Regierungsbildung gelingen, so stünde u.A. der Prager Oberbürgermeister Bém bereit, der mit einer großen Koalition liebäugelt. Bém forderte zwischenzeitlich die bisherigen Koalitionsparteien der noch amtierenden Regierung (Liberale und Christdemokraten) per SMS auf, sich aus der Regierung zurückzuziehen.

Der Analyst Jiří Pehe vermutet bei Präsident Klaus ebenfalls eine Vorliebe für eine



große Koalition: Wäre die ČSSD in der Opposition, so würde sie vermutlich bei den Senatswahlen im Oktober zulegen und damit die Wiederwahl des Präsidenten 2008 gefährden.

Langfristige Auswirkungen der Patt-Situation?

Neben der Regierungsbildung beschäftigte sich das politische Prag auch mit anderen Auswirkungen des Wahlergebnisses. Die Patt-Situation führte schon am Wahlabend zu ersten Diskussionen über das Wahlrecht. Die Einführung des Mehrheitswahlrechts wird als Möglichkeit gesehen, solche Situationen in Zukunft zu verhindern. Allerdings scheint in einem Land, in dem ein Drittel der Wähler für kleinere Parteien stimmt, dieser Schritt ungewiss. Im Moment findet sich zudem in keiner der großen Parteien eine Mehrheit für diese Vorschläge.

Wahlanfechtungen vor dem Obersten Verwaltungsgericht wurden bislang zurückgewiesen. Abgeordnete der Grünen hatten sich über die Umrechnung der Wählerstimmen beschwert, da kleine Parteien im Verhältnis benachteiligt werden. So erreichte die KDU mit 7% der Stimmen nur 6,5% der Sitze, die Grünen mit 6% der Stimmen gar nur 3% der Sitze. Der großen ODS hingegen reichten 35,4% der Stimmen um 40,5% der Sitze zu beanspruchen.

Präsident Klaus erinnerte bei einem Treffen mit dem bisherigen Innenminister am 14.6. daran, die Kubice-Affäre nicht zu vergessen. Dennoch ist der Skandal um die heftigen Anschuldigungen des unabhängigen Ermittlers gegenüber Paroubeks Administration in den turbulenten letzten Wochen eher untergegangen. Die neue Regierung wird sich aber auf jeden Fall der Sache erneut annehmen müssen. Zu groß ist die Tragweite auch für die politische Kultur des Landes.

Die Wirtschaft zeigte sich insgesamt bislang unbeeindruckt von der politischen Querele. Kurzzeitige Verluste konnte die Währung dank anhaltend boomender

Wirtschaft und steigender Exporte wieder wettmachen. Trotz einem Wirtschaftswachstum von 7,4% (Slowakei nur 6,3%) und einer Steigerung des Durchschnittslohn für das erste Quartal um 6,9% im Jahresvergleich gibt es Sorgen: Stimmen werden laut, die davor warnen, dass der Reformmangel die Verschuldung derart hochtreiben könnte, dass die Euro-Einführung 2010 platzt.

Die Rolle der ODS aus europäischer Sicht

Der Wahlsieg Topoláneks bedeutet zunächst auch, dass der euroskeptische MdEP Jan Zahradil eher geschwächt wurde. Topolánek und der designierte Europaminister Gandalovič zeigten sich bislang als klare Befürworter eines Beitritts der des EVP-Fraktionsmitgliedes ODS auch zur Europäischen Volkspartei selbst.

In den vergangenen Wochen sorgten die **britischen Tories mit ihren Rückzugsplänen für Aufregung** auf der Brüsseler Bühne. Um im EP nicht allein mit der polnischen PiS (Recht und Gerechtigkeit) dazustehen, wären die tschechischen Bürgerdemokraten ein willkommener Partner in einer euroskeptischen Fraktion. Da Topolánek diesen Gedankenspielen gegenüber einer polnischen Tageszeitung eine klare Absage erteilte, kam am Mittwoch der Vorsitzende der britischen Konservativen **David Cameron persönlich nach Prag**. Dem Daily Telegraph zufolge steht Cameron unter Druck, da ihm innerhalb der konservativen Partei ein Ultimatum gesetzt wurde, die Tories aus der EVP-Fraktion austreten zu lassen. Adela Kadlečová, die für die internationalen Tätigkeiten der ODS zuständig ist, bestätigte gegenüber der Tageszeitung Lidove Noviny das Treffen. Über den Inhalt wurde aber noch nichts bekannt. Allerdings wird mit **Milan Cabrnoch** ein MdEP der Bürgerdemokraten zitiert, dass „**die ODS-Gruppe im EP bereit ist, ernsthaft einen Austritt aus der EVP-Fraktion in Erwägung zu ziehen.**“ Der Parteichef Topolánek muss dabei auch die in der Presse verbreiteten Spekulationen über eine mögliche Teilung der ODS im Blick behalten.



Beim Europäischen Rat Mitte Juni vertrat Präsident Klaus anstelle des scheidenden Ministerpräsidenten die Tschechische Republik. Das für EU-skeptische Aussagen bekannte Staatsoberhaupt hielt sich aber eher zurück. Die neue Regierung wird aktiver werden müssen, da man **2009** die turnusmäßige **EU-Präsidentschaft** übernehmen wird. Dann stehen unter anderem die Entscheidung über eine gemeinsame Agrarpolitik sowie die Kontrolle der Reform des EU-Haushaltes auf der Agenda.

Aus diplomatischen Kreisen verlautet, dass man dringend mit der Kontaktaufnahme beginnen müsse. Die derzeitige Unklarheit über die Regierungsbildung ist ebenso wenig von Vorteil wie dies eine Übergangsregierung wäre.

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Prag**

Verantwortlich

Dr. Stefan Gehroid

Mitarbeit

Jochen Daniel

Klimentská 46

110 02 Praha 1

Tel.: 00420-222 320 190

Fax: 00420-222 320 198

Email: kasprag@kasprag.cz

Web: www.kas.de/prag